



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 266
18. Wahlperiode / Nr.46
04. Dezember 2015

EIN MANDAT DER SOLIDARITÄT UND FÜR DIE FREIHEIT

Liebe Leserinnen und Leser!

Die terroristische Organisation „Islamischer Staat“ muss zerschlagen werden. Sie bedroht die Werte der muslimischen Welt ebenso wie die der westlichen Gesellschaft. Neben dem verhältnismäßigen Einsatz militärischer Mittel muss auch die politische Konfliktlösung Teil des Friedensprozesses in Syrien sein. Militärische und politische Hilfe aus Deutschland wird im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ dringend vor Ort gebraucht: von unseren Partnern und von den verfolgten Zivilisten. Das Mandat zur Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den Terror in Syrien hat ein klares rechtliches Fundament. Wir dürfen die Terroristen nicht einfach weiter morden lassen!

Herzlichst, Ihr

Diese Woche hat der Bundestag der Entsendung bewaffneter deutscher Soldaten zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) ein klares Mandat erteilt. Der Schritt ist wichtig, um einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung und Zerschlagung der größten und reichsten Terrororganisation der Welt zu leisten. Die Anschläge in Paris waren Anschläge gegen alle Völker der zivilisierten Welt. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn unsere Lebensweise derartig intensiv angegriffen wird. Der sogenannte „Islamische Staat“ ist nicht nur eine Bedrohung für Frankreich, sondern eine Bedrohung für unsere gesamte Zivilisation. Mit dem Mandat haben wir klar gezeigt, dass die deutsch-französische Partnerschaft kein Schönwetterprojekt ist, sondern eine tatsächliche Freundschaft. Wir kommen mit unserem Engagement der Bitte des französischen Präsidenten um Unterstützung bei der Ter-

rorbekämpfung nach. Der deutsche Beitrag dient dabei dem Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der bestehenden internationalen Allianz. Er sieht eine Beteiligung von bis zu 1200 bewaffneten Soldatinnen und Soldaten vor. Gegenwärtig soll er in Form der Bereitstellung von Luftbetankung, luft-, raum- und seegestützter Aufklärung und militärischem Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger *Charles de Gaulle* erfolgen. Er ist erstmalig bis 31.12.2016 begrenzt. Vor allem die Aufklärung durch die Bundeswehr mit den Tornados wird einen wichtigen Beitrag zur schlagkräftigen Kooperation der Partnerstaaten und der notwendigen Unterscheidung zwischen Freund und Feind am Boden leisten. Dabei steht das deutsche Engagement nicht nur auf einem klaren rechtlichen Fundament, sondern setzt neben den militärischen Mitteln zur Zerschlagung des „Islamischen Staates“ auch auf einen politischen Dialog zur nachhaltigen Befriedung in Syrien. So

erfolgt die Entsendung im Rahmen von Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes und Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen (VN). Hier wurde vom Sicherheitsrat der VN wiederholt festgestellt, dass von der Terrororganisation IS eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ausgeht. Um die wütende Barbarei des IS nachhaltig im Keim zu ersticken, müssen sowohl seine Organisationsfähigkeit als auch seine Finanzierungsstruktur im Kern gestört und für immer zerschlagen werden.

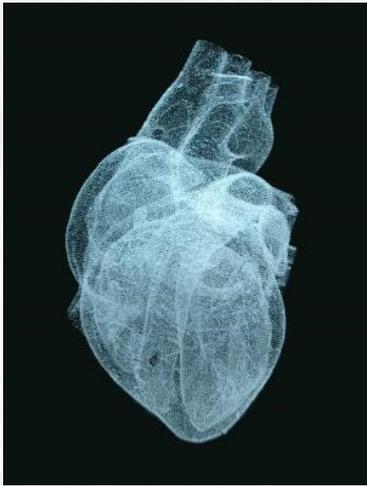
Deutschland ist ein wichtiger Partner in vielen internationalen Friedensbündnissen, wie z.B. der NATO oder eben der Europäischen Union. Jetzt geht es darum zu zeigen, was diese Bündnisse wert sind. Alleine deswegen, aber auch aufgrund unseres eigenen Sicherheitsinteresses sollten wir uns auch militärisch an der Seite unserer Partner engagieren.

DIGITALISIERUNG IM DIENST DER GESUNDHEIT

Was wäre die vierte industrielle Revolution, wenn nicht sämtliche Gesellschaftssparten von ihr profitieren würden? Eben keine Revolution. Die Digitalisierung prescht mit Innovationen und Erleichterungen in sämtlichen Lebensbereichen vor und macht auch nicht vor der gesundheitlichen Versorgung halt. Diese Chance sollten wir nutzen. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung in der vergangenen Sitzungs-

woche nun gemeinsam mit dem Koalitionspartner eine Gesetzesgrundlage dafür beschlossen. Damit haben wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche und umfassende Vernetzung im Gesundheitswesen geschaffen. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens wurden Änderungen wie die Einbindung der Psychotherapeuten in die gesundheitliche Kommunikationsstruktur, die Verpflichtung der Apo-

theker zu Aktualisierung der Medikationsplans sowie Verbesserungen bei der Einführung der elektronischen Patientenakte und des Patientenfalls vereinbart. Im Fokus des Gesetzes sind auch Maßnahmen angelegt, um die digitale Kommunikation im Gesundheitssektor und zwischen Ärzten und Krankenhäusern besser und sicherer zu gestalten. Der Datenschutz hat dabei höchste Priorität.



© Jens Goetzke / pixelio.de

TIERSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

Der Tierschutz in Deutschland wird in regelmäßigen Abständen begutachtet und im Rahmen des *Berichts über den Stand und die Entwicklung des Tierschutzes 2015* im Plenum des Deutschen Bundestages vorgestellt. Dabei steht der diesjährige Tierschutzbericht im Zeichen des 10-jährigen Jubiläums der Aufnahme des Tierschutzes in das deutsche Grundgesetz. Der Tier-

schutz ist mittlerweile fester Bestandteil einer breiten und öffentlichen Diskussion geworden. Der diesjährige Bericht zeigt die umfassenden Fortschritte im Tierschutz auf. So wurden viele Gesetzesvorhaben umgesetzt, um Nutztiere besser zu schützen. Das gilt natürlich auch für den Bereich der Landwirtschaft, in der sich mehr als 2/3 der Landwirte durch die Erträge aus

der Tierhaltung finanzieren. In manchen Fällen ist die Tierschutzdebatte aber auch zu emotional, was vernachlässigt, dass doch gerade Tierzüchter ein Eigeninteresse an guter Behandlung der Tiere haben. Im Vergleich zu allen anderen Ländern der Welt gelten in Deutschland ohnehin die höchsten Standards im Tierschutz.

TERMINAUSWAHL

07.12.2015

Weihnachtsfeier des CDU-Kreisverbandes Harburg-Land in *Buchholz*.

11.12.2015

Weihnachtsfeier der CDU Jesteburg in *Bendestorf*.

13.-15.12.2015

28. Bundesparteitag der CDU in *Karlsruhe*.

Diesen Mittwoch machte der neue ungarische Botschafter, S.E. Dr. Péter Györkös, seinen Antrittsbesuch bei MGB. Neben der aktuellen Innenpolitik Deutschlands war vor allem die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise das zentrale Gesprächsthema. Einig waren sich beide darin, dass diese Krise die größte Bewährungsprobe der Europäischen Union in den letzten Jahren darstellt und nur mit allen europäischen Partnern gelöst werden kann. MGB kritisierte dabei auch die fehlende Solidarität einiger osteuropäischer Staaten der EU.

MGB TRIFFT UNGARISCHEN BOTSCHAFTER

